

Die Kraft der Gewaltfreiheit führt zum Frieden!

Die Uno-Charta wird in diesem Jahr 65, wesentliche Prinzipien des Völkerrechts werden nach wie vor ignoriert. Weder die Achtung der territorialen Integrität der Staaten, das unbedingte Gewaltverbot noch der Schutz von Flüchtlingen ist garantiert. Sogenannte humanitäre Sicherheitseinsätze finden immer noch Unterstützung. Dabei zeigt sich in vielen Konflikten, dass dieses Ziel militärische nicht erreicht werden kann. Nach einer Intervention bleiben nur Trümmer.

Unter dem Deckmantel Humanität oder Terrorismusbekämpfung wird versucht wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Dies wird von unserer Bundesregierung sogar öffentlich zugegeben, auch wenn es nicht opportun ist, wie der Rücktritt des vorletzten Bundespräsidenten gezeigt hat.

Die Probleme in Afghanistan sind nicht gelöst. Die einzige Konsequenz daraus kann nur lauten: Bundeswehr sofort raus aus Afghanistan. Stattdessen ist aber ein neuer Auslandseinsatz der Bundeswehr angelaufen: Die Verlagerung von Patriot-Flugabwehrraketen an die Grenze Syrien/Türkei. Weitere Brennpunkte neben dem Bürgerkrieg in Syrien sind der Kurdistankonflikt, die Lage in Israel/Palästina und die innenpolitischen Schwierigkeiten in den Ländern des sogenannten arabischen Frühlings.

Der Rüstungsexport aus Deutschland nimmt zu, z. B. nach Angola und Indonesien. In der Bevölkerung wächst der Protest gegen den Waffenhandel, das muss Gehör finden. Wir fordern eine öffentliche Kontrolle des Bundessicherheitsrats.

Mit der Umstellung der Bundeswehr auf eine reine Berufsarmee sind die Marketing-Aktivitäten der Militärs bedeutend ausgeweitet worden. Man findet nicht nur auf Toilettenanlagen in Kneipen Werbepostkarten. In Schulen und Universitäten dürfen auf Grundlage von Kooperationsverträgen mit den Kultusministerien Jugendoffiziere der Bundeswehr Werbung machen. Dafür gibt es einen hohen Etat aus unseren Steuergeldern. Die finanzielle Zuwendung für die Aufbauarbeit und die Einsätze von zivilen Friedensfachkräften sind dagegen jämmerlich. Das muss anders werden.

Rüstung und Bundeswehr belasten nicht nur unseren Staatshaushalt. Es ist schon merkwürdig, dass hoch verschuldete Staaten auf Geheiß der „Marktaufsicht“ zwar alle Sozialleistungen abbauen müssen, gleichzeitig aber neue Panzer kaufen können. Wir bleiben dabei: Abrüstung statt Sozialabbau, nicht nur bei uns.

Die globalen Probleme des Hungers, der Unterentwicklung, der Umweltverschmutzung und des Klimawandels erfordern ein gemeinsames internationales Vorgehen. Nationale Egoisten sind da ebenso wenig förderlich wie militärische Konfliktlösungen. Nur mit gegenseitigem Vertrauen ist eine andere, zukunftsfähige Welt möglich.

Gehen Sie mit uns deshalb zum Ostermarsch am 01. April 2013